

schichte“ geben. In den kommenden vier Jahren will man in vier Staffeln mit insgesamt 20 Folgen die rot-weiß-rote Historie von der Ostarrichi-Urkunde aus dem Jahr 976 bis in die Gegenwart erzählen. „Es ist wohl die umfangreichste heimische Geschichtsaufarbeitung überhaupt und umfasst auch Bereiche wie Sozial-, Wirtschafts- und Klimageschichte“, sagte Schöber. Begleitet wird das ehrgeizige Projekt von einem hochkarätig besetzten wissenschaftlichen Beirat.

Dass es den ORF-III-Machern nicht an Selbstvertrauen mangelt, zeigen Zitate wie jenes von Schöber:

## „Streitzeit“ auf dem „roten Stuhl“

werden, führt ORF III jetzt die „Streitzeit“ ein. Ein Mal im Monat darf über brisante Themen wie Cancel Culture, Klimakleber oder die Rolle von Anna Netrebko wortreich und durchaus auch emotional diskutiert werden. Ab 23. März wird indes der Musiker Bernhard Egger Prominente auf seinen berüchtigten „roten Stuhl“ bitten. Dort will er ihnen Geschichten entlocken, die man noch nicht kennt. Der Molekularbiologe und Wissenschaftskabarettist („Science Busters“) Martin

überträgt ORF auch heuer wieder Events live aus ganz Österreich, als Beispiele seien unter anderem die Bregenzer Festspiele („Ernani“ von Giuseppe Verdi) oder die Styriarte (Beethovens „Eroica“) genannt. Am „ORF III Kulturdienstag“ stehen unter anderem Dokumentationen über die Geschichte der Arbeiterbewegung oder über „Wien – Die Macht der Saloniären“ auf dem Programm. Und bei den Jubiläen rückt der Sender das Wiener Barockpalais Belvedere (300 Jahre), die Geschichte der ÖBB (100 Jahre) und Papst Franziskus (seit zehn Jahren im Amt) großflächig ins Bild. Im Rah-

men fast seitlich des Rundfunkmarkts das in seinem Bestand bedrohte ORE Radio-Symphonieorchester. Wie lange es noch existieren wird, konnte Schöber im SN-Gespräch nicht beantworten: „Derzeit laufen die Gespräche zwischen ORF und Politik, ich hoffe, dass das RSO in einer oder anderen Form als Klangkörper erhalten bleibt.“ Das von der Politik vorgegebene Sparpaket habe „zu einer schwierigen Situation“ geführt. Allgemein wird vermutet, dass eine Entscheidung über die Zukunft des RSO noch vor dem Sommer fällt. Überlegt wird u. a. eine Anbindung an eine Wiener Spielstätte.

der Welt bauen.“ Ich mache seit 25 Jahren fast täglich meine Liegestütze, aber es fehlte mir die passende App dazu. Deshalb habe ich selbst eine entwickelt“, sagt der 40-Jährige. Die App gibt es in neun Sprachen, sie umfasst etwa einen Trainingsplan und eine Rangliste und ist für iPhone/iPad im App Store erhältlich.

## „Dancing Stars“: Missy May statt Sarkissova

WIEN. Sängerin, Schauspielerin und Moderatorin Missy May (36) ersetzt bei „Dancing Stars“ die aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedene Ballerina Karina Sarkissova. SN, ORF

# Wie Deutschland und die Schweiz die Rundfunkabgabe regeln

Die Nachbarländer dürften die Blaupause für die hiesige Regelung liefern. Spannend ist etwa, wer dort aller befreit ist.

RALF HILLEBRAND

SALZBURG, ZÜRICH, KÖLN. In gerade einmal drei Wochen steht jene Stiftungsratssitzung an, in welcher der ORF sein Sparpaket besiegen will – und somit die Bedingungen des Medienministeriums für eine Haushaltsabgabe erfüllen wird. Dennoch ist nach wie vor nicht klar, wie diese Abgabe gestaltet sein soll. Kolportiert wird jedoch, dass Deutschland und die Schweiz als Vorbilder dienen sollen. Es lohnt sich also ein Blick in die Nachbarländer.

In der Schweiz gab es eine gerätebezogene Gebühr bis 2018. Ab 2019 folgte die sogenannte Abgabe für Radio und Fernsehen. Grundlage für die Umstellung war eine Volksabstimmung, bei der sich 50,1 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer für einen Rundfunkbeitrag aussprachen. Dass das Ergebnis derart knapp ausfiel, habe etwa daran ge-

legen, „dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu wenig gemacht hat, um zu demonstrieren, was er einer aufgeklärten Gesellschaft bringt“, sagt Josef Trappel, Kommunikationswissenschaftler an der Uni Salzburg und Kenner der Schweizer Medienlandschaft. Das Ergebnis sei aber „ein Weckruf“ gewesen. Daraufhin habe es eine zivilgesellschaftliche Bewegung gegeben, um klarzumachen, dass der Rundfunk Teil der Schweizer Identität sei. Das Ergebnis war ein klares Nein (71,6 Prozent) bei einer weiteren Volksabstimmung zum Aus der Empfangsgebühren.

Gegenwärtig beträgt die Abgabe 335 Franken (336 Euro) – vor der Umstellung waren es 451 Franken (453 Euro). In Österreich sind es aktuell zwischen 269 und 344 Euro. Schweizer Haushalte, die einkommensschwach sind oder keine Empfangsgeräte besitzen, können sich befreien lassen. Letzteres ist aber

lediglich während einer fünfjährigen Übergangsfrist möglich – und wird nur gewährt, wenn ein Haushalt weder TV, Radio, Smartphone, Laptop noch einen Internetanschluss hat. Unternehmen müssen hingegen zahlen. Wenngleich: Da



„Der einzige  
realistische  
Ausweg.“  
Josef Trappel,  
Universität Salzburg

sich die Abgabe nach einer doch hohen Umsatzgrenze richtet, sind die meisten Firmen befreit.

Wie hoch jener Betrag ist, der auf Basis des Einwohnerregisters per jährlicher Rechnung eingezogen wird, entscheidet der Bundesrat.

Die Abwicklung der Abgabe ging indessen nicht automatisch an das

Schweizer GIS-Pendant (Billag AG), sondern wurde ausgeschrieben – und schlussendlich der Serafe AG zugesprochen. Die Serafe AG hat 34 Mitarbeiter am Hauptsitz sowie 79 im Callcenter, also in Summe 113 (Stand 31. 12. 2021). Zum Vergleich: Die GIS GmbH hat rund 340.

In Deutschland ersetzte 2013 der Rundfunkbeitrag die Rundfunkgebühren. Dieser beträgt 18,36 Euro monatlich (220,32 Euro jährlich). Zahlen muss eine Person pro gemeldetem Haushalt. Wer diese Person ist, kann die jeweilige Wohngemeinschaft selbst entscheiden.

Ausgenommen sind neuerlich einkommensschwache Haushalte – und taubblinde Menschen sowie Empfänger von Blindenhilfe; für Menschen mit anderen schweren Behinderungen gibt es eine Ermäßigung – ebenso wie für vermietete Ferienwohnungen. Unternehmen zahlen hingegen auch, gestaffelt

nach Mitarbeiterzahl, Betriebsfahrzeuge etc. Der Betrag kann relativ hoch ausfallen. Für die Abwicklung zuständig ist der ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice.

Ob der Rundfunkbeitrag angepasst wird, ermittelt hingegen die sogenannte Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, beschickt von den 16 deutschen Bundesländern. Basis für ihre Empfehlung ist der ermittelte Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Wer indessen hofft, dass mit Start einer Haushaltsabgabe die Debatte ein Ende findet, der hofft wohl vergebens: In der Schweiz werde gerade an einer Volksinitiative zur Gebührenhalbierung gebastelt, erklärt Experte Trappel. Dennoch befürwortet er eine Haushaltsgabe. Denn: „Ich halte es für die einzige realistische Möglichkeit, aus dem Dilemma rauszukommen.“